

SPD-Gemeinderatsfraktion

Vorlage Nr.: **2021/1113**

Eingang: 16.09.2021

Ausbau der Rheintalbahn: Akzeptanztrassen für die Stadt Karlsruhe finden

Gremium	Termin	TOP	ö	nö
Gemeinderat	19.10.2021	26	x	

1. Die Stadtverwaltung wird aufgefordert, für den Karlsruher Gemeinderat auf Basis der entwickelten Grobkorridore verträgliche Lösungen auszuarbeiten, auf deren Basis er entscheiden kann, welche Varianten aus seiner Sicht für Karlsruhe akzeptabel sind.
2. Die Stadt Karlsruhe schlägt der Deutschen Bahn AG als Träger des Bahnprojekts Mannheim – Karlsruhe sowie den daran anschließenden Planungen für die Rheintalbahn, konkrete Trassenvarianten vor, die für die Stadt Karlsruhe annehmbar sind. Dabei ist insbesondere darauf zu achten, dass
 - die Lärmbelästigung für die Karlsruher Bevölkerung dadurch nicht ansteigt, sondern gesenkt wird,
 - es bei der Nutzung von Bestandstrassen zu keinen Einschränkungen für den ÖPNV und den Schienenpersonenfernverkehr und deren Weiterentwicklung kommt,
 - die Eingriffe in den Siedlungs- und Naturraum und der zusätzliche Flächenbedarf so gering wie möglich gehalten werden.

Dabei sind insbesondere auch unterirdische Lösungen mit zu berücksichtigen.

Die konkreten Trassenverläufe sollen sich dabei auf die Gemarkung der Stadt Karlsruhe beschränken, darüber hinaus aber auch darlegen, auf welchen Achsen potentielle Weiterführungen nach Norden in Richtung Mannheim bzw. nach Süden in Richtung Rastatt möglich sind.

Begründung:

Der o.g. Prozess wurde durch ein entsprechendes Schreiben der SPD-Gemeinderatsfraktion an Bürgermeister Daniel Fluhrer bereits angestoßen, der daraufhin auch zugesagt hat proaktiv eine Gesamtstrategie für Karlsruhe zu erarbeiten. Dies wurde erfreulicherweise von ihm auch schon konkret angegangen – u.a. durch ein Anschreiben an die Karlsruher Bürgervereine, mit der Bitte bis Ende August 2021 auf potentielle neuralgische Stellen in ihren Stadtteilen hinzuweisen. Darüber hinaus wurde eine stadtinterne Arbeitsgruppe eingerichtet.

Wichtig ist dieser Prozess vor allem auch deshalb, um jahrelange Klagen gegen dieses für den Klimaschutz so wichtige Infrastrukturprojekt zu vermeiden. Denn wenn die DB AG sich im Rahmen dessen bewegt, was der Karlsruher Gemeinderat als akzeptabel ansieht, kann sie sich auch sicher sein, dass seitens der Stadt Karlsruhe keine Rechtsmittel gegen das Projekt eingelegt werden.

Bei der Frage der akzeptierbaren Trassen bleibt die Formulierung des Antrags bewusst offen, um keine Vorselektionen vor der Darstellung der Planungsergebnisse durch die Stadt vorzunehmen. Eine genaue

Trassierung wird nur für das Karlsruher Stadtgebiet eingefordert. Auf welchen Achsen diese Trassen dann in der Region weitergeführt werden ist natürlich auch wichtig, aber nicht Sache der Stadt.

Aus Sicht der Antragssteller ist jedoch zumindest eine zweigleisige Neubautrasse entlang der Autobahn A5 möglich. Diese könnte dann über einen entsprechend langen Tunnel unterirdisch mindestens bis zum Güterbahnhof (möglicherweise auch durch ganz Karlsruhe hindurch) geführt werden. Bekannt ist uns darüber hinaus auch die Diskussion über einen Abzweig von der A5 entlang des Pfinzentlastungskanals auf die Bestandsstrecke Bruchsal – Karlsruhe. Zwingende Voraussetzung für diese Lösung wäre jedoch ein massiver übergesetzlicher Lärmschutz für den dann mehr befahrbaren Abschnitt in Durlach (z.B. Einhausung oder einen entsprechenden Güterzugtunnel) sowie der Nachweis, dass es dadurch zu keinen Kapazitätsengpässen im Bahnhof Durlach zu Lasten des Nah- und Fernverkehrs kommt.

Unterzeichnet von:

Parsa Marvi

Michael Zeh